

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterrinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksfabrik

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 2

Erscheint jeden Donnerstag
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreieckspaltene Petition
zeile 50 Pig., für die Zählstellen 30 Pig.

Das gesetzliche Nachtdarbot im badischen Landtag.

Bei der Beratung des Gesetzes des Innern sprach unser Verbandskollege Landtagsabgeordneter Strobel über das gesetzliche Nachtdarbot. Wir geben seine Rede im Wortlaut wieder:

Um Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterrinnen zu schützen, ist ein Mittel mit, die Nachtarbeit auf das denkbar Notwendigste zu beschränken. Ganz besonders trifft das für die Arbeiterinnen in den Fabrikbetrieben heute zu, die infolge der Schichtarbeit bis Mitternacht beschäftigt werden. Die dauernde Besetzung der Nachtarbeit in einem Berufe, der früher ausschließlich während der Nacht zu arbeiten gezwungen war, ist heute sprudelnd geworden: es betrifft dies das Bäcker- und Konditorengewerbe. Es ist bedauerlich, daß wir erst im Kriege ein Nachtdarbot in diesem Berufszweig bekommen, und es zeigt dies, wie wenig man in früherer Zeit die hohe Bedeutung der Besetzung der Nachtarbeit erkannte und man sich nicht heranwagte, durch Gesetz die Nachtarbeit zu verbieten, obwohl diese Anordnung schon in früheren Jahren seitens der Bäckergehilfenschaft ununterbrochen gefordert worden ist und eine ganze Reihe von außerdeutschen Staaten die Nachtarbeit längst beseitigt hatte. Die hohe Notwendigkeit des Krieges hat hier umstürzend gewirkt. Mit dem 15. Januar 1915 ist für das Bäcker- und Konditorengewerbe in Deutschland die Nachtarbeit durch Bundesratsverordnung beseitigt worden. Welche Ursachen dazu führten, brauche ich nicht näher auseinanderzusetzen. Hätte das Bäckergewerbe die Tagesarbeit ohne diese harten Kriegsnotwendigkeiten bekommen, wäre die Freude darüber eine viel größere bei den Betroffenen gewesen.

Sofort als das Nachtdarbot ausgesprochen war, festen Bestrebungen ein, es zu einer dauernden Einrichtung für das Bäckerengewerbe zu machen. Und hier kann das Einverständnis der Meister und der Gehilfenschaft beobachtet werden. Die zahlreich abgehaltenen Versammlungen, die sich mit dieser Frage befassen und von Meistern und Gehilfen besucht waren, entschieden sich für die Beibehaltung des Nachtdarbots im Bäcker- und Konditorengewerbe. Nicht allein diejenigen, die zu Hause geblieben sind, haben das Interesse für eine dauernde Besetzung der Nachtarbeit im Bäckerberufe befunden, sondern auch diejenigen, die heute im Heeresdienste stehen, mögen sie in ihrem Berufe arbeiten oder mit der Waffe in der Hand dem Feinde gegenüberstehen. Es war der Zentralverband der Bäcker- und Konditorengehilfen Deutschlands, der mit Genehmigung des Kriegsministeriums eine Abstimmung bei denjenigen, die im Heeresdienst stehen, soweit sie erreicht werden konnten, vornahm. Diese Abstimmung erstreckte sich auf Meister und Gehilfen, und es stimmten 14.976 ab, von denen 11.150 Gehilfen und 3.826 Meister waren. Gegen die Besetzung der Nachtarbeit stimmten 88, und 167 wollten die endgültige Regelung dieser Angelegenheit bis zum Ende des Krieges aufgeschoben wissen, alle anderen stimmten für die sofortige Erlassung eines Gesetzes, das die dauernde Besetzung der Nachtarbeit ausspricht. Somit ist jeglicher Einwand genommen, um sagen zu können, es würden irgendwelche Bedenken bei den Berufsangehörigen bestehen. Deshalb muß man sich wundern, daß diese Verlangen nicht längst beachtet wurden ist und man ein diesbezügliches Gesetz zur endgültigen Beschlussfassung dem Reichstag vorlegte. Der jetzige Stand der Dinge ist so, daß bereits im September v. J. die „Soziale Praxis“ ankündigte, daß ein Gesetzentwurf vorgearbeitet sei, der den Regierungen vorgelegt werden würde und da-

bestimme, daß für die Großbetriebe, die ja teilweise Gegner des Nachtdarbots sind, ein Zugeständnis gemacht würde insofern, daß man zwei Schichten zu acht Arbeitsstunden zuläßt, daß also während acht Stunden in der Nacht die Arbeit vollständig verboten würde. Trotz dieser Mitteilung der „Sozialen Praxis“ ist etwas Greifbares nicht zu bemerken gewesen, und die Bäckergehilfenschaft sah sich gezwungen, bei dem Staatssekretär Dr. Schwander am 13. November 1917 vorstellig zu werden und ihre Wünsche erneut vorzutragen. Der damalige Staatssekretär Dr. Schwander erklärte: „Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Boden ihres Entwurfs vom September 1915. Es bestand allerdings die Befürchtung, daß sich während des Krieges das Gesetz nicht durchführen lasse. Diese Befürchtung teile ich nicht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß dem Gesetz nichts mehr im Wege steht, und ich hoffe, daß es jetzt mit dem Gesetz vorangehen wird. Ich kenne Ihre Gründe gegen die Nachtarbeit, kann sie verstehen, und bin über dieselben mit Ihnen einer Meinung. Ich hoffe, das Gesetz bald vorliegen zu können.“

Nun ist im Dezember eine Abstimmung eingetreten, die auf Antrag der sächsischen Regierung erfolgte und eine Durchsetzung des Nachtdarbots in der feierlichen Weise bedeutet, indem man Vorarbeiten bis zu zwölf Stunden zuläßt zur sogenannten Vorzeitmachung. Es wurde das Verlangen der sächsischen Regierung damit begründet, daß ein Kommunalverband in Sachsen sich beschwerdeführend an die Regierung wandte und behauptet habe, daß diese Vorarbeit erforderlich wäre, um ein gutes, genießbares Brot herzustellen, was ihm sonst unmöglich wäre. Dieses Verlangen ist lediglich in Sachsen aufgetreten, sonst im ganzen Reich nirgends. Und wenn man die besonderen Verhältnisse in Sachsen beobachtet, daß die Leute die jetzige Qualität des Kriegsbrotzes mit dem früheren Friedensbrot vergleichen und diesen Kuchen leider sehr vermissen, dann läßt sich verstehen, daß man über die Qualität des heutigen Brotes ungehalten ist. Die Qualität des Brotes wird dadurch nicht besser, wenn man diese Vorarbeiten zuläßt. Es wäre deshalb auch nicht notwendig gewesen, daß die badische Regierung, solange ein solches Verlangen an sie nicht gestellt wurde, die Bezirksämter anwies, Vorarbeiten zuzulassen. Mir ist nichts bekannt geworden, daß man irgendwie seitens der Bäckermeister ein derartiges Verlangen gestellt hätte; denn tatsächlich ist es nicht gerechtfertigt.

Nun ist in den letzten Tagen wieder eine Mitteilung durch die Presse gegangen, daß ein Gesetz vorbereitet sei. Es war Professor Franks, der über die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstags einen Artikel schrieb, in dem er sagte, daß das Gesetz bereits im Bundesrat angenommen sei. Ueber den Inhalt läßt er sich dahingehend aus, daß zwei Schichten zu neun Stunden vorgesehen seien. Also von den früheren acht Stunden will man schon auf neun Stunden übergehen, so daß die ununterbrochene Ruhezeit während der Nacht nur sechs Stunden betragen würde. Die Kleingewerbetreibenden sind mit der Ausdehnung der Betriebszeit auf 18 Stunden nicht einverstanden. Die Großbetriebe sind technisch so vervollkommenet, daß sie innerhalb zweier Schichten zu acht Stunden so viel zu leisten imstande sind, um nicht gefährdet zu werden und um soviel zu verdienen, um existieren zu können. Ein Schaden dagegen wäre es für das Kleingewerbe, wollte man diesem Verlangen Nachung tra- gen. Die Bäckergehilfenschaft wünscht zu erfahren, woran

sie ist. Das Interesse ist um so verständlicher, wenn man bedenkt, welchen gewaltigen Erschütterungen das Bäckergewerbe während des Krieges ausgesetzt war. Drei Fünftel der kleineren Betriebe stehen heute still, oder werden nur als Ladengeschäfte weitergeführt. Infolge der Unsicherheit vieler Existenz steigt das Bedürfnis, zu erfahren, wie sich ihre Verhältnisse in Zukunft gestalten. Das Interesse an der Beibehaltung der Tagesarbeit ist allgemein bei den Beteiligten. Die heute im Berufe beschäftigten Gehilfen sind vielfach aus andern Berufszweigen wieder zurückgekehrt. Es ist kein Beruf vorhanden, der so viele Abwanderer in andere Industrien aufzuweisen hat, wie der Bäckerberuf. Auch die Leute, die vielfach Familienväter sind, wollen wissen, ob die Nachtarbeit wieder kommt, und wenn sie wieder kommt, dann werden sie den Beruf wieder verlassen.

Ich möchte dringend ersuchen, daß man recht bald klarheit schafft, die auch im Interesse der Großbetriebe liegt, damit sie, soweit sie glauben, geschädigt zu sein, sich für die neuen Verhältnisse einzurichten vermögen. Die Bäckergehilfen und die Meisterschaft werden es begrüßen, wenn endlich einmal die Reichsregierung das Nachtdarbot im Bäcker- und Konditorengewerbe durch Gesetz ausspricht; ich ersuche die Großherzogliche Regierung, dies Verlangen zu unterstützen.

Der Regierungsvertreter Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneidek antwortete hierauf:

Das Nachtdarbot ist seinerzeit bei Beginn des Krieges hauptsächlich deshalb eingeführt worden, weil man verhindern wollte, daß frischgebackenes Brot morgens an die Bevölkerung ausgegeben wird, da man befürchtete, daß damit ein Mehrverbrauch verbunden wäre. Die Bestimmung hat nach unserer Erfahrung mit Erfolg zu einem großen sozialen Fortschritt geführt, von dem es nur erwünscht ist, wenn er als Errungenschaft des Krieges in die Friedenszeit hinzugenommen wird. (Sehr gut!) Daß eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen in der letzten Zeit im Bundesrat beschlossen worden wäre, ist nicht zutreffend. In der maßgebenden Bundesratsverordnung, die zunächst als Kriegsmaßnahme erlassen worden ist, ist vorgesehen, daß eine Ausnahme vom Nachtdarbot von der höheren Verwaltungsbörde zugelassen werden kann, soweit diese Ausnahme im öffentlichen Interesse liegt oder zur Verhinderung eines Notstandes erforderlich ist. In Verbindung mit der Notwendigkeit, ein Aprozentiges Mehl zur Brotherstellung zu verwenden, haben sich in manchen Teilen des Reiches Schwierigkeiten bei der Brotherstellung ergeben; das Brot wurde vielfach beansprucht; es hat das auch zu Erkrankungen geführt, und man war der Auffassung, daß eine Besetzung eintreten könnte, wenn den Bäckern gestattet würde, den Sauerzeug während der Ruhezeit zu bereiten. (!?) Das Kriegernährungsamt hat deshalb die Landeszentralbehörden ersucht, die höheren Verwaltungsbörde davon zu verständigen, daß sie auf Grund der Vorschrift, wonach im öffentlichen Interesse eine Ausnahme eintreten kann, namentlich im Interesse der Herstellung des Brotes mit Sauerzeug zu lassen möchten, daß auch während der Nacht in beschränktem Umfang in den Bäckereien Vorbereitungsarbeiten durchgeführt werden. Wir haben die Großherzoglichen Bezirksamter entsprechend verständigt und dabei bemerkt, daß nur dort davon Gebrauch gemacht werden soll, wo sich nach den örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis ergeben hat, daß sich ferner die Ausnahmen auf eine Stunde beschränken sollen und daß nach Ansicht des Landesnährungsamts es sich empfehle, die Zeit von 9 bis 10 Uhr abends für die Herstellung des Sauerzeugs freizugeben, im-

mit unter der Voraussetzung, daß wirklich ein Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Die ausgezeichnete Rede unseres Kollegen Strobel ist insofern von Interesse, als wir dadurch erfahren, daß die badische Regierung, ohne einem von den Bäckermeistern an sie gestelltes Verlangen die Bezirksämter anwies, Vorarbeiten zugulassen. Demnach fügte sich ohne weiteres diese Regierung der sonderbaren Anregung des Kriegsernährungsamtes, obwohl die Bäckermeister ein solches Verlangen, daß innerhalb der bestehenden Anheizzeit eine Arbeitszeit von einer Stunde für die Vorarbeiten zugelassen werden sollte, überhaupt nicht stellten.

Vom Regierungsvertreter wurden für diese getroffenen Maßnahmen Gründe angeführt, die weder wir noch die Meisterschaft verstehen können. Wir fragen daher: Ist seit der Zulassung der einstündigen Vorarbeit während der Anheizzeit das Brot besser, und wird es weniger beansprucht? Sind die auf schlechtes Brot zurückzuführenden Erkrankungen soweit vermindert und beseitigt worden? Auf unsere Fragen wird uns wohl der badische Regierungsvertreter die Antwort schuldig bleiben. Zu begrüßen ist über seine Erklärung:

Die Bestimmung (das Nachbackverbot) hat nach unserer Auseinandersetzung mittlerweile zu einem großen sozialen Fortschritt geführt, von dem es nur erwünscht ist, wenn es als Errungenschaft des Krieges in die Friedenszeit hinaübergenommen wird.

Vorum sängt dann die Reichsregierung noch länger, wenn nunmehr von allen Seiten die Erklärungen vorliegen, daß das gesetzliche Nachbackverbot ein großer sozialer Fortschritt ist und für die Friedenszeit erhalten werden muß?

Ausser jungen Schülern.

Aut noch kurze Zeit, und kurzende von Lehrlingen werden in den Gehilfenstand übertragen. Sie gehen ersten Zeilen entgegen. Manche, vielleicht auch viele von ihnen, haben am Tage, wo sie aus der Lehre scheiden, schon den "roten Bettel" in der Tasche und werden bald ihren friedlichen Beruf mit dem rauhen Kriegerhandwerk verantworten müssen.

Der Krieg brachte in viele Änderungen im Wirtschaftsleben mit sich und machte auch nicht das bei der Lehrlingsausbildung. Von dem vollwertigen Gehilfenmaterial wie in Friedlichen Zeiten, da es im Bäckerhandwerk noch vielerlei Abweichung in der Art der Brotherstellung hat, ist heute keine Rede. Durch die Einführung der einheitlichen Kriegsgeware kann auch die Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr auf der Stufe stehen wie in früheren Zeiten. Heute tritt der Lehrling als unfertiges Produkt in den Gehilfenstand über. Wenn auch diese Gehilfenausbildung jetzt den jungen Gehilfen nicht zum großen Erfolg gereichen kann, so aber sicher beim Wiedereintritt normaler Zeiten, wo das Gewerbe mit seiner abendländischen Tradition wieder auf die Höhe kommen wird. Dann erft wird sich zeigen, daß wir mit unseren Beobachtungen recht hatten.

Mit halbjährigem Gehilfenmaterial wird der Handwerksbetrieb keine erfolgreiche Konkurrenz gegen die kapitalistischen Großbetriebe aufnehmen können. Nach dem Kriege wird mehr als jeher das Korn und die Leistungsfähigkeit des einzelnen in den Vordergrund treten. Da und dort stehen aber auch die Arbeitgeber das ein. Sie sind jetzt schon bestrebt, die Lehrlingszahl soviel wie möglich herabzudrücken, weil sie wissen, daß eine unverantwortlich hohe Lehrlingsziffer während des Krieges und das daraus hervorgegangene halbjährige Gehilfenmaterial dem Handwerk keinen Nutzen bringen wird, es aber als Weigewicht in seinem Zustiege hindert.

Daher hat auch die Gehilfenorganisation das größte Interesse an einer vernünftigen Zahl der Lehrlinge, die auch jeweils mit den erforderlichen Verhältnissen in Einklang gebracht werden kann.

Wir dürfen aus nicht zu ziehen, wie diese jungen Kollegen sich jetzt überlassen werden. Wir müssen ihnen jetzt einen Weg weisen, der zu ihrer Interessenvertretung führt. Die ist aber immer wieder mit die gewerkschaftliche Organisation. Dort ist auch der Platz, wo für die weitere Berufsausbildung gesorgt wird, und dort können ihre Interessen nur am besten gewahrt und vertreten werden. Hoffnungslos sind die Wege, die wir eindringen, zur Errichtung dieses Ziels. Die terroristische Auseinandersetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Bau der Gewerkschaftsbüros, das Futterungsrecht in den Kramguts durch die Gewerkschaftsstraße, die Vertretung in den Raumungsamtssachen und anderes mehr. Also fragen, wie jeden Kollegen in höchster Weise unterstützen.

Zur Erfüllung unserer Ziele muß aber ein jeder Gewerke beitragen, um das Jahr nicht gefangen durch den Beitritt in den Generalrat des Bäcker- und Konditor.

Unsere Befürchtungen wurden angerichtet, die Zeit beider Sicherheits der Lehrlinge in den Gehilfenstand auszunützen und hierbei unter den jungen Kollegen aufzuhören zu wirken. War möglicherweise einer solchen Auseinandersetzung hätte es gar nicht bestanden, um von jenen Mitgliedern, die neben Lehrlingen sitzen, wie das ohne schwierig sei. Ich weiß mehr in konkreten, praktisch dies nicht von allen. Darum: Brüder, einen gelben Tag, jetzt große Krieger, über, Verbundene dieser Krieger, darf keine jungen Kollegen sozialen Forderungen in die Hände fallen, die noch bei allen anderen bestehen. Wenn, was im Namen aller unserer Fraktionen am Gelben Tag, Gott durch diese Kriegszeit, kein einziger Arbeitnehmer, kein Krieger in die Kriegerzeit, der sein Unternehmen braucht, so ist in unserer Freuden Feier am Gelben Tag.

Das müßt ihr jetzt tun, und nicht später, als unter keiner Kriegerzeit, sonst ist es nicht möglich, dass wir

gelöst also mit, wenn an Euch von der Bahnstellenleitung die Aufforderung ergibt, die Auflösungsarbeit bei den jungen Kollegen zu betreiben. Tut Euer Bestes, um sie als Mitglieder für unsern Centralverband zu gewinnen. Die Zukunft wird lehren, daß wir damit auf dem rechten Wege sind.

Die Forderungen der Dresdner Brotbäcker

auf eine Erhöhung der Grundlöhne waren der Gegenstand einer Verhandlung vor dem Kriegsamt in Dresden; sie sind unter Vorbehalt des Herrn Dr. Günther statt Erzielen waren drei Vertreter des Brotfabrikantenverbands, die Obermeister der Funungen Dresdens und der in Betracht kommenden näheren Ortschaften, ein Vertreter der Freien Vereinigung der Bäckereimeister, ein Vertreter des Korporationsvereins "Vorwärts", sowie von unserer Organisation die Kollegen Weidler-Hamburg und Bezirksleiter Friedrich. Im September vorigen Jahres war vor dem Kriegsamt bereits eine Vereinbarung über die Lohnverhältnisse in den Brotfabriken zustande gekommen, die damals eine Erhöhung des Lohnes gebracht hatte und außerdem vorschah, daß zum 1. April dieses Jahres die Grundlöhne nochmals um M. 3 wöchentlich erhöht werden sollten. Da die Dresdner Löhne leider schon immer zu den niedrigsten im Reich gehörten, die gegenwärtige Steuerung aber in dieser Großstadt und in ihrer Umgebung ebenso fühlbar ist wie überall, so war die Kollegenschaft mit diesen Zugeständnissen, die von den Organisationsvertretern nur mit größter Mühe herangeholt worden waren, natürlich nicht zufrieden, und sie ließ sich damals nur schwer bewegen, zunächst von weiteren Schritten abzusehen. Zwischenzeitlich ist aber die Steuerung weitergeschritten, und die Kollegenschaft forderte deshalb noch einmal ganz entschieden, daß zu dieser Stellung genommen werden müsse. Das geschah am 17. Februar, und es wurde nun eine weitere Erhöhung der Steuerung, zulage um mindestens 25 vom Hundert gefordert, da die am 1. April in Aussicht stehende Erhöhung des Grundlohnes als durch die Verhältnisse überholt und nicht mehr als ausreichend betrachtet werden sollte. Die gewohnte Lohnkommission nahm durch die Bezirksleitung außer mit den Brotfabrikanten auch Führung mit den verschiedenen Firmen, die laut letztem Tarifabschluß Gehilfen mit vollem Lohn und Logis noch mit M. 11 wöchentlich entlohnen können, und erfuhr auch diese Firma um eine Erhöhung des Lohnes.

Die Verhandlungen vor dem Kriegsamt, das schlichtlich wieder vermittelnd eingriff, gestalteten sich dadurch recht schwierig, daß besonders die Vertreter der Brotfabrikanten, unter Führung des Herrn Dr. Quast, anfänglich all und jedes Entgegenkommen vermissen ließen; außerdem war eine Vereinigung dadurch behindert, daß genannter Herr Auszubildungen von unserer Seite anders aussaß, als die anderen Teilnehmer und die Vertreter der Landwirtschaft. Er wollte sich auch durch letztere nicht von seiner Meinung abbringen lassen. Und mit einem Eifer, der unter den heutigen Verhältnissen schließlich auf die große Mehrzahl der Verhandlungsteilnehmer direkt peinlich wirken mußte, meinte er das Dagegen, mit der Vertretung der Arbeitsgemeinschaft irgendwie direkt zu Abmachungen zu kommen. Die Organisation sollte ihm wohl Fürsicht leisten, daß eventuell Vereinbarungen ihrerseits unvergeleichlich gehalten werden mügten — aber diese selbe Organisation war für ihn als Kontrahent einfach nicht vorhanden. Eine solche mitschuldige Stellungnahme führte selbstverständlich auch zu Auseinandersetzungen zwischen dem Herrn Dr. Quast und dem Vertreter des Kriegsamtes selbst. Die Herren Brotfabrikanten erklärten weiter, daß die Spannung zwischen Geschäftsführern und vorgesetztem Preistreis gerade in Dresden ärgerlich gering sei und eine nothmäßige Erhöhung des Lohnes unmöglich mache. Wenn ihr befreiben, eine Erhöhung des Preistreises bewilligt zu erhalten, Erfolg bringe, werde man zu weiteren Zugeständnissen bereit sein. Überdies sei es von seiten des Bäckerverbandes nicht zulässig, jetzt, kurz nach Abschluß der letzten Vereinbarungen, noch wieder mit Forderungen zu kommen; unter solchen Umständen hätten Vereinbarungen überhaupt keinen Zweck.

Von unserer Seite konnte den Herren unter Vorlegung von Material die weitergehende Tendenz und die Tatsache vor Augen geführt werden, daß Dresden noch immer auf der untersten Lohnstufe steht. Die Verhandlungen endeten schließlich dort der unparteiischen und auch dem Standpunkt der Wirtschaftsstadt gerecht werdenben Zeitung des Herrn Dr. Günther nach dreistündiger Dauer damit, daß die Vertreter des Brotfabrikantenvereins erklärten, ihren Mitgliedern dringend zu empfehlen, am 1. April die Grundlöhne nicht nur um M. 3, sondern um M. 5 zu erhöhen, und daß eine weitere Steigerung des Grundlohnes nicht auftreten darf, sobald eine Erhöhung des Preistreises eingesetzt. Das Kriegsamt wird mir offen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dahin wirken, daß auch die einzelnen Brotfabrikantenvereine stehenden Fabrikanten diesen Willigkeiten nachkommen.

Die Ausstellungsveteranen waren der Meinung, daß gegenwärtig nicht in der Lage wären, mit unserer Organisation in ein festes Tarifverhältnis zu treten; zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seien in einer Linie die Gewerkschaftsschäfte geschicklich vorgesehen, und außerdem wären ja auch sonst noch andere Gewerkschaftsbewegungen (die Gelben) gegenwärtig verhindert. Stellung zu nehmen. Das könne auch nicht über die Köpfe der im Felde stehenden Kaiser beschließen. Demgegenüber wurde den Herren unter Standpunkt zusammengebracht; sie hielten aber daran fest, daß unter den jetzigen Umständen an einem Tarifblatt nicht gearbeitet werden könne. Ihre unserer Ausstellungberechtigung bereits gegebene schriftliche Zusage, die Anfangslöhne für die Gehilfen in Lohn und Logis um M. 3 wöchentlich zu erhöhen, wiederholten sie noch, sofern dies möglich ist, und damit die noch vorhandenen fehlenden Gehüne erneuert werden.

Leider die Stellungnahme der Dresdner Kollegenschaft ist noch zu untersuchen werden, wie nach ihrer Prüfung

Staatsmonopole.

Der Weltkrieg ist in ein Stadium eingetreten, das anscheinend sein letztes werden dürfte. Noch stehen sich zwar im Westen die Heere in unverminderter Kraft gegenüber und beide Gegner versuchen, Schwächen und Löcher zu entdecken, um mit gewaltigem Anprall Breche zu legen; noch sind so bedeutende Kräfte am Kriegsmaterial und Menschenleben eingesetzt, daß die ganze Welt atemlos die Entwicklung dieses Titanenengangs verfolgt. Aber im Osten tagt's. Der Friede mit der Ukraine und die Verhandlungen mit den Trümmern der großrussischen Regierung rücken die Aussicht in greifbare Nähe, daß die Völker zum Weltfrieden und damit zum Ausruhen und zum Heilen der blutenden Wunden des Volkskörpers kommen werden. Das notwendigste dazu ist die Deckung der Kriegslasten, die bereits zu einer schwindelnden Höhe angewachsen sind und sich mit jedem weiteren Tag kriegen um Millionen vermehren.

Die Reichsjugend bringt schon vor dem Kriege nahezu 5 Milliarden Mark. Der Krieg mit seinem gewaltigen Geldbedarf hat diese Schuld jetzt um das mehr als zwanzigfach erhöht, und wir brauchen heute schon zur Vergütung dieser Summen etwa 6 Milliarden Mark. Wie sollen diese Riesenbeträge künftig ausgebracht werden? Denkt jemand an eine Kriegsentschädigung? Oder an neue Steuern von der erforderlichen Energiebigkeit?

Es besteht wenig Aussicht, auf diesen Wegen die enormen Lasten auch nur zum kleineren Teil zu decken. Die Blüte müssen sich daher auf ergiebigere Quellen zur Vermehrung der öffentlichen Einkünfte richten. Wo Steuern nicht ausreichen, greift man in der Regel nach Monopolen. Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie Alleinverkauf, Alleinhandel. Die frühere Zeit mit ihren, das gesellschaftliche Leben fest regelnden Ordnungen war an Monopolen sehr reich. Das Gewerbeleben wurde durch monopolfähige Zwangs- und Bannstreite, Kunstprivilegien usw., der Handel durch Handelsmonopole geregelt. Im Laufe der Jahrhunderte sind diese Monopole verschwunden; erst dem Zeitalter des Kapitalismus war es vorbehalten, sie wieder zum Leben zu erwecken, und zwar zunächst in Form von Kartellen und Syndikaten, deren Entwicklung zu industriellen Privatmonopolen nur durch den Ausbruch des Weltkrieges ein vorläufiges Ende bereitet wurde. Die Monopolvorläufer (Kartelle, Syndikate) sind meist gegründet worden zu dem Zweck, den Profit durch Preisfeststellungen zu steigern, den Gewinn zu erhöhen. Die Gründer der Kartelle usw. haben zwar meist behauptet, daß sie den nachteiligen Folgen von Überproduktion in Kriegerzeiten und dem Rückgang der Preise halfen möchten. Diese Behauptung wird jedoch widerlegt durch die Tatsache, daß die meisten Kartelle und Syndikate in Zeiten einer wirtschaftlichen Rückschwungperiode entstanden, die Gelegenheit bot zur Erhöhung der Gewinne.

Zur Kartellgründung eignen sich nicht alle Produktionszweige. Ein Zusammenschluß kommt in erster Linie zu stande in den Gewerbezweigen, wo die Betriebslöngestration vorgenommen ist, wo verhältnismäßig wenige Unternehmer vorhanden sind und wo gleiche oder einander ähnliche Waren hergestellt werden. In Betracht kommt weiter, daß der betreffende Gewerbezweig seine Waren möglichst an Großfirmen liefert und nicht an eine große Reihe Zwischen- und Kleinhändler. Von Bedeutung ist auch der Rohstoffbezug, die Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz durch Schutzzölle usw. Alle diese Umstände spielen bei der Frage von Kartellgründungen eine große Rolle. In einem Gewerbe mit einer Reihe von größeren und kleineren Firmen, die in Konkurrenz miteinander stehen und verschiedene Artikel herstellen, die zum Beispiel der Mode oder dem Geschäft unterworfen sind, oder die Spezialartikel für einen bestimmten Kundenkreis darstellen, ist eine Syndikation ausgeschlossen. Der Entwicklungsgang der Kartellbildungen soll im Rahmen dieser Abhandlung nicht ausführlich besprochen werden. Kurz wollen wir bloß erwähnen, daß die älteren Kartelle meist nur in Abmachungen über die einzuhaltenden Verkaufspreise bestanden, nach und nach entwandelten sie sich aber; es erfolgte eine Verteilung des Absatzgebietes unter die beteiligten Firmen, ferner die Errichtung einheitlicher Verkaufs- und Vertriebsstellen, die Produktionsbeschränkung und die Anpassung der Produktion an die Nachfrage des Marktes. Die Kartelle und Syndikate sind nicht nach bestimmten Normen entstanden, sondern sie sind das Produkt einer bestimmten kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung. Wie schon angeführt, der Krieg hat die weitere Entwicklung der Kartelle und Syndikate unterbrochen. Seit einiger Zeit schon treten jedoch wieder Bestrebungen zu Monopolbildungen hervor. Die Motive dazu sind verschiedener Art. Das Ergebnis der Bestrebungen ist ein weiterer Fortschritt zum Privatmonopol, und hier entsteht nun die Frage, ob es nicht im Interesse unserer Brotwirtschaft liegt, Staatsmonopole zu errichten. Mit der Begründung, daß nur durch Staatsbetrieb die Interessen der Gesamtheit vollständig gewahrt werden können, sind seinerzeit Post, Telegraphie, Telefonbetrieb und Eisenbahnbetrieb verstaatlicht, monopolisiert worden. Heute, wo es darauf kommt, dem Reich möglichst hohe und viele Einnahmequellen zu verschaffen, damit die Binsen der riesigen Reichsschulden aufgebracht und damit das Reich den vielen neuen Aufgaben gerecht werden kann, die schon während des Krieges erwachsen sind und nach dem Krieg in verstärktem Maße erwachsen werden, ist die Übergabe von gewinnbringenden Produktionszweigen in die Hände des Staates eine zwingende Notwendigkeit.

Die Stellung unserer lebigen Regierung zu Staatsmonopole ist nicht klar. Vorbereitungen zu Staatsmonopole sind schon getroffen worden. Der Entwurf eines Gesetzes über den Verkauf mit Leuchtlöß (Reichs-Petroleummonopol) ist allgemein bekannt. Auch in der Zigarettenindustrie wurden Schritte unternommen, um Altenburg ein Viertel des ganzen deutschen Marktes beherrschende Jasmani-Träger zu erwerben im Hinblick auf eine solide Monopolisierung. Dem unerbittlichen Kriegswan-

* Vor Abschluß des Friedens geschrieben. D. R.

der Zementindustrie, in der Brauindustrie, der Nahrungs- und Getreideindustrie usw. Über die Industrien, die sich am besten zur Umwandlung in Reichsbetriebe eignen würden, und bis jetzt von einer Verstaatlichung bevorzugt geblieben, und nach einer Rede des Staatsministers Dr. Helfferich im Hauptrausdruck des Reichstages am 3. Oktober 1917, scheint wenig Neigung vorhanden zu sein, den Weg der Staatsmonopole zu beschreiten. Dr. Helfferich beantwortete in dieser Sitzung eine Auffrage des Abgeordneten Dr. Stroemann dahin, daß die Zwangsyndikate, wie sie bisher geschaffen oder ins Auge gefaßt worden sind, lediglich auf Kriegsmassnahmen beruhen und daß bei einem dieser Syndikate die Absicht bestand, eine Einwirkung auf die Organisation nach dem Krieg auszuüben". Damit und mit seinen weiteren Ausführungen hat sich Dr. Helfferich gegen Staatsmonopole ausgesprochen. Der Staatsminister begründet seine Ansicht damit, daß der Volkswirtschaft der private Unternehmungsgeist, die freiwirtschaftliche Betätigung erhalten bleiben muß. Allerhöchstes der private Unternehmungsgeist, die private Initiative auf wirtschaftlichem Gebiet eingeschränkt werden sei, sollen die Tore nach dem Krieg wieder weit geöffnet werden, damit Wagenrad und Arbeit sich frei entfalten können.

Zu denselben Grundlinien bekannte sich neuerdings der Befürworter Herr v. Payer. Wohin dieses freie Spiel der Kräfte führt, haben wir vor dem Krieg an den Kartellen und Trusts gesehen. Diese werden sich weiter entwickeln und wir werden in absehbarer Zeit in vielen Gewerbezweigen eine private Monopolisierung erleben, bei der von freier wirtschaftlicher Betätigung wenig zu merken sein wird.

Die privatwirtschaftliche Monopolbildung wird sich nach dem Kriege in beschleunigtem Tempo vollziehen. Es liegt nicht der geringste Grund vor, dies zu bezweifeln. Das Großkapital hat während des Krieges eine sehr große Stärkung erfahren, viele selbständige gewerbliche Existenz, besonders im Mittelstand, sind vernichtet worden. Eine Konkurrenz dieser Existenz hat das Großkapital nicht mehr zu befürchten. Denken wir dazu die Bahnnahme des Einflusses des Finanzkapitals, dann haben wir die Basis, auf der sich der industrielle Konzentrationsprozeß vollzieht. Monopole werden wir also auf jeden Fall bekommen.

Für die Arbeiter ist die Frage wichtig, von welcher Art — Privat- oder Staatsmonopole — sie eine Besserung ihrer Existenzbedingungen zu erwarten haben, wo ihre Interessen besser gewidmet werden und was volkswirtschaftlich richtiger und wichtiger ist. Schon eine oberflächliche Untersuchung zeigt, daß der Volkswirtschaft und den Interessen der Arbeiter mit Staatsmonopolen besser gedient ist als mit der privatwirtschaftlichen Monopolisierung. Die Arbeiterpolitik der Kartelle und Syndikate war bis jetzt durchaus organisationsfeindlich, und je größer die Arbeitermonopole werden, um so schärfer werden sich ihre Wirkungen auf die Lage der Arbeiter äußern. Da einer Eingabe der Gewerkschaftsgruppen vom 16. März 1917 an den Reichskanzler, betreffend Monopolgesetzgebung, sind diese Wirkungen eingehend geschildert. Es wird darauf hingewiesen, daß, je weiter die Monopolisierung der Industrie beziehungsweise die Kartellierung durchgeführt wird, desto mehr die Mittel der Unternehmungsführung wachsen und damit zugleich die Gegebenheiten für die Arbeiterschaft, die zu einer maslofen Verbitterung führen müssen. Vor allem bedroht die Monopolisierung die Freizügigkeit, indem sie die vielen Unternehmer durch die eine Monopolpolitik erstellt. Das Schicksal der schwächeren Lizenzen wird dabei wesentlich vereinfacht; schon heute besteht in kartellisierten Industrien der Abriegelchein, ohne den kein Arbeiter Beschäftigung erhält. Auch die Preispolitik der Monopole birgt große Gefahren; denn die Ausschaltung des freien Wettbewerbes gibt der Monopolisierung die Macht, sowohl über die beschäftigten Arbeiter, wie auch über die Abnehmer. Insbesondere würden die Konsumenten darunter leiden, sei es durch höhere Preise oder durch Schwächung des Inlandskonsums.

Staatsmonopole bedeuten zwar eine Machtverweiterung der Bürokratie, auch das Recht der Arbeitseinstellung ist gefährdet, doch ist bei solchen Monopolen eine gewisse Kontrolle durch Regierung und Parlament gegeben. Grundsätzliche Bedenken gegen die Führung von Staatsmonopolen haben die Gewerkschaften nicht, sie verlangen jedoch die Erfüllung bestimmter Mindestforderungen, als da sind: Aufrechterhaltung der Arbeiterschaftsbestimmungen und des Koalitionsrechts, die Beteiligung der Arbeiter an der Monopolverwaltung, Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den freien Gewerkschaften, Entschädigungen an solche, die bei der Monopolisierung eines Gewerbes geschädigt werden, usw.

In der öffentlichen Diskussion über die Monopolfrage ist die Befürchtung aufgetreten, daß mit der Einführung von Monopolen lediglich oder vorwiegend den konsolidierten Interessen des Reiches und der Bundesstaaten dienst sei und daß einfach die vielen Privatunternehmer durch den einen Arbeitgeber, den Staat, ersetz werden. Die entschiedene Wahrung der Arbeiterinteressen in der Eingabe der Gewerkschaften zur Monopolisierung von Gewerbezweigen entkräftet diese Befürchtungen, die Gewerkschaften werden sicher alles tun, um Sicherheiten zum Wohl der Arbeiter zu erzielen und sie werden dabei auch die Sozialdemokraten an ihrer Seite finden, wenn auch der Standpunkt der parlamentarischen Vertreter zur Frage der Staatsmonopole noch nicht feststeht. Die Stellung der Sozialdemokratie zu Staatsmonopolen war lange Zeit eine einheitlich verneinende. Als Bismarck im Jahre 1878 das Tabakmonopol ansiedelte und der Bundesrat im April 1882 dem Reichstag einen diesbezüglichen Entwurf vorlegte, wurde er glatt abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitten in den Jahren 1885/86 zwei Monopolprojekte über den Braumarkt, die die Regierung dem Reichstag vorgelegt hatte. Allein schon der Verteilungsplan brachte das liebergewicht zur Vernichtung. Diese "Vernichtung" wurde jedoch bald verlassen; die sich auswährende politische und gewerkschaftliche Partei der Arbeiterversammlung räumte mit diesen "Grundstücken" auf. Zumindest im Jahre 1892 gelang es die sozialdemokratische Arbeiterversammlung in einem Antrag, die Herstellung des Kaffee-monopols einzustellen. Die Partei sollte es zulassen, die Partei der Staatsmonopole hingegen nicht im Jahre 1917 bei der Auf-

hebung der Privatpostanstalten trat die Partei für ein möglichst lückenloses Monopol ein. Im Laufe der Jahre wurden weitere Monopolbetreibungen von der Partei propagiert, so im Jahre 1900 die Expropriation der privaten Kohlenbergwerke und Übergang in das Eigentum des Reichs, und im Jahre 1912 wurde — allerdings nicht direkt — der Verstaatlichung der Kohlenbergwerke das Wort geredet.

Auch der internationale Sozialismus sprach sich für Staatsmonopole aus. Auf dem Sozialistentreffen von 1900 in Paris wurde ohne Widerspruch verlangt, daß „allein möglicher Ausweg aus der durch die Krise geschaffenen Situation“ die Verstaatlichung und in einer späteren Zeit die internationale Regelung der Produktion jener Industrien, die durch Krise die höchste Stufe der Entwicklung erreicht haben.“ Von ausländischen Gewerken interessiert uns besonders die Stellung der Schweizer, weil sie einzige Verfechter des Getreidemonopols waren, das bekanntlich zurzeit auch in Deutschland zur Besprechung steht und auf das wir hier näher eingehen wollen.

Wirtschaftsrecht und Handel.

Raffen sich Theorie und Praxis nicht in Einklang bringen, dann darf nicht gefolgt werden, daß die Tatsachen falsch sind. Gerade die konträren und industriellen Kreise, deren Vertreter als Katholiken und Christen gelten wollen und es in ihrer geschäftlichen Praxis auch sicherlich sind, sollten sich dieser Beziehungen zwischen Theorie und Tatsachen bewußt sein. In dem Streitpunkt, der gegen die Forderung einer kräftigen Gemeinwirtschaft heimlich und laut gepredigt wird, geht man von der Behauptung aus, daß die Erfolge des deutschen Wirtschaftslebens auf absoluter Freiheit des Handels und unbeschränktem Verfügungsspiel jedes einzelnen Unternehmens beruhen. Mit den willkürlichen Verhältnissen unseres Wirtschaftsraumes ist diese Darstellung unvereinbar, zum mindesten gehören jene angeblichen Zustände einer vor dem Kriege schon längst überwundenen Periode an. Raum in einem andern Lande der Welt war jene Hochkultur des Kartells-, Syndikats- und Konkurrenzraumes zu verzeichnen, wie wir sie in Deutschland kennen. Was immer gegen die Geschäftsnormen der einzelnen Kartelle und Konventionen gesagt und geflacht worden ist, die Kraft der deutschen Wirtschaft hat aus diesem Zusammenschluß starke Nahrung gezogen. Bei dem Fehlen einer bewußten und planmäßigen wirtschaftlichen Kriegsrüstung haben mit in erster Reihe Kartelle und Konventionen die Voraussetzung für die Behauptung eines ruhigen und gleichmäßigen Gangs industrieller Tätigkeit bei Ausbruch des Krieges gegeben, sie haben ganz unzweckhaft auch in den Jahren vorher für weite Wirtschaftsgebiete solide Geschäftsgeschäfte geschaffen und zugleich die Widerstandskraft der Betriebe gegen die folgenden schärfsten Konjunkturschwankungen erheblich gestärkt.

Erlangen Kartelle oder ähnliche Organisationen eine ausschlaggebende Rolle innerhalb ihres besonderen Wirtschaftsgebietes, so ist es mit der freien Entwicklung möglich, daß derartige Konkurrenten im Betracht kommen. Weil in den übrigen meisten Fällen vorbei. Diese Tatsache bestreiten zu wollen, heißt die Geschichte aller unserer bekannten Syndikate, gleichlich wie sie heißen mögen, verleugnen. Ob es sich um das Kohlensyndikat, den Stahlwerksverband, die Vereinigung der großen Elektrizitätsgeellschaften, die Schiffahrtsgesellschaften, den Großfeuerhandel — die Reihe läuft sich beliebig vermehren — handelt, stets sind der Ausbau und die Politik dieser Vereinigungen durch Anwendung keineswegs geldner Zwangsmittel ermöglicht und erfolgreich betrieben worden. Gewiß ist diese Politik von privatwirtschaftlichen Interessen dictiert worden, wenn sie oft genug auch gemeinwirtschaftlich erfreuliche Resultate zeitigte. Kann das ein Grund sein, der Zusammensetzung von Kräften, wie sie sich in Gestalt von Kartellen, Syndikaten und Konventionen bereits darbietet, gemeinwirtschaftliche Ziele zu stellen? Niemals. Alles spricht für das Gegenteil. Der Erfolg solcher Organisationen — erfüllt mit neuem Geist — wird darunter nicht leiden, sondern mit den höheren Aufgaben noch wachsen, wobei am Ende die privatwirtschaftlichen Interessen gleichfalls nicht zu kurz kommen werden. Merkwürdig berührt die Begeisterung für die Freiheit des Handels in den Wirtschaftsgruppen, die innerhalb ihrer besonderen Geschäftstätigkeit mit dem freien Handel nicht erst seit heute und gestern, also nicht erst unter dem Einfluß der Kriegswirtschaft, gründlich aufgetaucht haben. Die Handelspresse meldete in den letzten Tagen, daß die letzte Generalversammlung des Stahlwerksverbands den Vorstand zur Verlängerung der bestehenden Handelsvereinbarungen bis Jahresende entsprechend der vorläufigen Vertragshälfte des Verbandes selbst ermächtigte.

Erst sind die Händlervereinigungen, die hier in Frage kommen, unter dem heftigsten Protest der Handelsfirmen ins Leben gerufen worden. Der Handel regte sich damals in den lebhaftesten Slagen gegen die Unterbindung seiner Selbstständigkeit durch den Stahlwerksverband, gegen die Vernichtung des freien Handels durch die gleichen Industriegruppen, die heute unter der Patole: Unbedingte Aufrechterhaltung des freien Handels — den Kampf gegen die Bestrebungen der Gemeinwirtschaft führen. Den in den Vereinigungen zusammengefügten Handelsfirmen werden vom Stahlwerksverband für die syndizierten Produkte nicht nur feste Einkaufs- und Verkaufspreise, sondern auch bestimmte Absatzgebiete vorgeschrieben, die gesamte Geschäftsführung der Handelsfirmen ist einer dauernden Kontrolle unterstellt. Es ist gegenwärtig nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß der Stahlwerksverband in sehr entschiedener Weise Händlervereinigungen entgegentrat, deren Mitglieder von den Bechuadern höher als die vorgeschriebenen Preise verlangten. Der Stahlwerksverband drohte, zu dem direkten Abßß unter Umgehung des Handels überzugehen, falls die gerügten Praktiken nicht beseitigt würden. Was anfänglich von den Handelsfirmen als eine unerträgliche Summung angesehen wurde, ist später als ein durchaus erwünschter Zustand erklungen, der für die beteiligten Handelsfirmen sich ganz gewiß weniger gewinbringend als früher ge-

staltete. Von einer Ausschaltung der Handelsaktivität kann dabei nicht die Rede sein, gewissermaßen hat nur die Form der Handelsaktivität, und wie wir leben können, zur Zufriedenheit des beteiligten Handels.

Gemeinwirtschaftliche Organisation soll und muß von dem ausgesprochenen Willen zur Steigerung der Produktivität getragen sein, und nicht nur der Wille ist entscheidend, sondern auch der Umstand, daß der gemeinwirtschaftlichen Organisation, dort, wo sie in Frage kommt, die Fähigkeit innewohnt, die Erhöhung der Produktivität zu erzielen. Aus eigener Kraft hat die Großindustrie zum Teil die Organisationsgebilde geschaffen, die zur Zusammensetzung der Kräfte erforderlich sind, es kommt nur darauf an, diese Gebilde hinsichtlich gemeinwirtschaftlich zu orientieren. Weil nun die Großindustrie nach dem Willen der meisten ihrer Verbände als private Angelegenheit ihrer jeweiligen Vertreter anzusehen werden soll, läuft ihre Politik darauf hinaus, jede planmäßige Zusammensetzung der Kräfte auch in den Wirtschaftszweigen, die nicht aus eigenem Vermögen zur Bildung umfassender Kartelle kommen sind, und jetzt durch Mitwirkung des Staates dazu gelangen sollen, zu verhindern. Im Gegenzug dazu steht die Auffassung, die die Produktion als eine Angelegenheit der Nation erachtet.

Überzeugungskräfte wird an jedem Tage die Notwendigkeit des einheitlichen und systematischen Zusammenschlusses der Produktion auf allen möglichen Gebieten durch dieselben industriellen und kaufmännischen Kreise illustriert, die sich theoretisch als die Väuberger des "freien" Einzelbetriebes geben. Im Wettbewerbe dauern die Funktionen immer weiter an, den großen Vereinigungen bedeuternder Banken folgen wieder Aufnahmen von zahlreichen kleineren Banken durch die großen Institute. So wird die Vereinsbank in Hamburg, deren Aktienkapital M. 26 000 000 beträgt, und die im Vorjahr mit der Diskontogenossenschaft ein dauerndes Freundschaftsverhältnis vereinbarte, die Vereinsbank in Kiel übernehmen. Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig erwirbt die Bankfirma R. Halberg in Schwarzenberg in Sachsen, die Commerz- und Disconto-bank hat die seit 1862 bestehende Bankfirma Sal. L. Cohn in Lübeck übernommen. Ein anderes Beispiel aus der Textilindustrie. Gegründet wurde mit einem Aktienkapital von 22,50 Millionen Mark die Elsässische Textilwerke-Aktiengesellschaft in Straßburg i. S., deren Hauptzweck der Erwerb, die Errichtung und insbesondere in Elsass-Lothringen ist. Eine Anzahl von Elsässischen Textilunternehmungen oder Beteiligungen an solchen, welche bisher als feindlichen Ausländern gehörig unter deutscher Zwangsverwaltung gestanden haben, sind im Wege des Liquidationsverfahrens von den Gründern erworben und in die neuerrichtete Aktiengesellschaft eingegliedert worden. Der Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft legt sich aus Vertretern der Baumwollindustrie und eines von dem Bankhaus S. Bleichröder geführten Konsortiums zusammen.

Man wird keinen Industriezweig finden, der nicht eine Konzentrationstendenz aufweist. Aus der Postallianz wird berichtet, daß der unter Führung der Bank für Thüringen vom Stupp stehende Konzern die Majorität des drei Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Postallianz in Weiden vorwiegend Gebüder Baierl'sche A.-G. in Weiden erworben hat. Diesem Konzern gehört neben den Postallianzfabrik Naha, Hermsdorf und Königsfeld auch die Lorenz Hüttenwerke A.-G. in Seelb an.

Schließlich ist aus der Fülle von Zusammenschlüssen aller Art die Errichtung eines Verbands des Waldbesitzers Waldecker Waldbeijer zu erwähnen, der sich die Aufgabe gestellt hat, eine umfassende Organisation des nichtstaatlichen Waldbesitzes zu bilden. Die Organisation will daran hinweisen, daß eine Besplittung der großen Flächen nichtstaatlichen Waldbesitzes vermieden wird und will namentlich auch Einfluß auf die forstpolitischen Fragen, Gesetzgebung und Verwaltung gewinnen, sowie die Interessen der Mitglieder auf allen Gebieten des forstlichen Betriebes fördern.

Berlin, den 26. März 1918.

Julius Malisti.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ordnung.

Vom 25. bis 30. März gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Briefe ein:

Für Februar: Weißwasser M. 8,95, Brandenburg 55,30, Eisenach 16,12.

Für März: Greboe M. 29,55.

Von Einzelzähler der Hauptkasse: F. N. (im Felde) M. 18. M. Wittstock a. d. O. 15.

Für Abonnements und Annoncen: Brandenburg M. 3,90, "Zwölfjähriger Anzeiger" 3,15.

Der Hauptklassierer. D. Freitag.

Von Kollegen auf dem Felde für Unterstützungszwecke.

An die Zahlstelle Hamburg-Altona: Von Sergeant H. C. Hillshäcker-Solomon 146, M. 5. Früher aufgelistet M. 46,10,25, heute aufgelistet M. 5, zusammen M. 46,50,25.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Halle. Eduard Schuchardt (Jena), Bücker, gefallen.

Bezirk Wiesbaden. Hermann Reichert, gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Bäcker und Konditoren.

Bäcker.

Von unserer Bäckervereinigung und dem Geschäftsvorstand der Bäckervereinigung zu München nach folgenden Verhandlungen unterrichtet:

Es wurde durch gemeinsame Verhandlungen zwischen dem Bäckerverband der Bäder und Konföderation Deutschland, Fabrikalle München, und dem Geschäftsvorstand der Bäckervereinigung vereinbart und der Bäckervereinigung anderweitig verordnet werden, daß entsprechend der bestehenden Dauerung die Bäckereien und Konditoreien der Bäckervereinigung wiederhergestellt werden, doch entsprechend der bestehenden Dauerung, die Höhe aller hier beschäftigten Bäcker und Konditorenlohn von 4,- bis für die Höhe erhöht werden.

Offensichtlich wird die Bäckervereinigung diesen Erträgen entsprechen und auch bestrebt sein, den Geschäftsvorstand in Abstimmung mit den bestehenden abnormen Durchgangsverhältnissen Rechnung tragen.

Mit der Rückkehrung in Deutschland erreichte unsere Bäckerei in Unterhandlungen ein Einkommen, nachdem zu den bestehenden Fortfallen Dauerungszulagen gewährt worden sind, und zwar für die Feiertage 30,- Pf. und für die Belegschaften 35,- Pf.

Konditoren.

Stellungnahme zur 14. ordentlichen Generalversammlung.

Nürnberg. Am 28. März fanden wir eine Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu nehmen zu dem im folgenden Verhandlungstag in einer Lieder, zumal von den Kollegen der Leibnizbäckerei, zur Wiederherstellung. Kollege Günter erläuterte die Tagessitzung und während aufschlußreich die Vertreter der Bäckerei der einzelnen Lande, insbesondere die Erhöhung der Beiträge und die Regelung des Unterstützungsvertrages. In der Diskussion wurde auf Kollege Dorabergers Vorschlag gegen die Führung eines Verhandlungstages in der letzten Zeit, aber auch nicht gegen die Bäckervereinigung. Er glaubte, daß der Verband und insbesondere die Bäckerei Nürnberg hier durch bestehend an Nachkämpfen befinden würde. Da diesem Eindruck zufolge sich die Kollegen stünden am Dienstag, jedoch glaubte letzterer, daß uns wohl niemand einen anderen Weg zur Verbesserung zeigen kann, ja möglicherweise eben umgekehrt. Die Kollegen Förster und Wölkammer waren in ihren Ausführungen der Meinung, daß in amerikanischen, daß es besser seien werde, die Bäckervereinigung durchzuführen. Nachdem wir nun die Ausführung haben, daß nur die dringende Bedeutung die Bäckervereinigung dazu führt, die Erhöhung der Beiträge sowie die allgemeine Zusammenarbeit jetzt durchzuführen. Sie gaben auch der Meinung Ausdruck, daß wir in jeder Beziehung nach dem Krieg gewappnet sein müssen. Eine Aufführung ihrerseits stand nicht persönlich. Ein Antrag, den die Bevölkerung weiter, und endlich eine Annahme. Alle Kandidaten zum Verhandlungstag wurden folgenden Kollegen vorgestellt: Augustin, Doraberg, Lümmermann und Wölkammer. Die Wahl des Delegierten fand am Samstagabend, 24. April, statt. Nachdem gab Kollege Gießner noch ein Statement des Kongresses bekannt, in dem erwartet wird, Verschließungen in den Bäckereien, Verzehrung und Arbeitsergebnis einzusehen.

Konditoren.

Norge. Am 16. März fand in der "Bäckerkiste" eine allgemeine Bäckereivereinigung statt. Auf der Tagessitzung fand: 1. Biederbeite Erträge an die Firma bereits einer weiteren Dauerungszulage; 2. vorübergehende Maßnahmen im Verband. Es wurde Runden sprach Kollege Gießner. Die Besammlung war sehr besetzt; man sah es den Kollegen an, daß sie tatsächlich gewollt habe, ihre Lebenshaltung verteidigen zu wollen. Die Einigkeit bezüglich einer weiteren Dauerungszulage wurde einstimmig angenommen. Unter wiederholtem Klatschen im Verband wurde bekannt gemacht, daß der Bäckervereinigung mit Nürnberg bestätigt wurde. Zum Schluß wurde noch angekündigt, einige neue Gesetze für die Landwirtschaft einzutragen, bevor nach dem Krieg werden sie keine Kürze benötigen.

* Die Ansätze der Bäckereien werden auf jedem der nächsten Tage bestimmt werden. E. R.

Internationales.

Holland. Vor unserer holländischen Brudervereinigung erhalten wir die Mitteilung, daß die Zahl der Mitglieder mehr als 5100 beträgt. Die Besammlung der Nachkämpfer geht immer mehr um sich und hat auch in seichten Städten Einzug, wo bisher die Unternehmen sich z. dagegen wehrten. Diesen großartigen Fortschritt können wir nur begrüßen. Er soll aber für uns ein Ansporn werden, daß wir uns nacheilen und ebenfalls aktiv einsetzen um den nunmehr erreichten Stand unseres Verkaufs wieder zu erhöhen.

Eine skandinavische Konferenz in Stockholm.

In Verbindung mit dem schwedischen Bäckerkongress in Stockholm, der vom 11. bis 15. März stattfand, fand auch eine Konferenz der skandinavischen Länder. Anwesend waren von Norwegen J. Nygaard, von Dänemark Z. Friis und L. Andersen und von Schweden A. Sjöstedt, L. G. Lagergren und als Schriftführer J. Karlson; ferner J. P. Nielsen als Berichterstatter der Internationale.

Der Vorsitzende des skandinavischen Rates, Kollege Sjöstedt, eröffnete die Konferenz und hieß die Vertreter der skandinavischen Länder willkommen. Er sprach aus, daß die Voraussetzungen, nach denen diese Konferenz eintrat, nicht erfüllt werden seien. Damals, da

die Einladungen an die Landesverbände ergangen, hätte er geglaubt, daß die Konferenz unter friedlicheren Verhältnissen tagen könnte; dies wäre aber gar nicht der Fall; denn der Krieg habe wütender als zuvor. Er bedauerte, daß wir Almansk vornehmen müßten, und besonders, daß seine Abwesenheit an Hindernissen seitens der schwedischen Bäckerkiste liege. Er wußte mit, daß der Kongress des Bäckerverbandes am Tage vorher einen Protest gegen diese Scherereien eingelöst und den Vorstand beantragt hätte, der schwedischen Regierung diesen Protest zu überwinden.

Als Vorsitzender wurde A. Sjöstedt gewählt.

Z. Friis erstattete den Bericht von Dänemark. Die Lage im Bäckerkonf. sei zurzeit sehr schwer. Die Knappheit an Rohstoffen hätte eine große Arbeitslosigkeit unter der Kollegenschaft hervorgerufen, jetzt seien ungefähr 1100 Kollegen arbeitslos. Um dieser Arbeitslosigkeit zu entgehen, hätte der dänische Verbandsvorstand bei der Regierung beantragt, den achtständigen Arbeitstag in den Bäckereien zu beschließen und die Nacharbeit zu verbieten; außerdem wurde die Regierung auf Unterstützungserhöhung verzichtet. Die Förderung auf Unterstützungsverhältnisse wurde auch durch einen Erlass vom 27. Oktober 1917 erhöht, so daß unsere verbliebenen Mitglieder jetzt eine wöchentliche Unterstützung bis zu 33 Kr. bekommen und die Ladigen bis zu 24 Kr. An Täuerungszulagen hätten die arbeitenden Kollegen von den Arbeitgebern durch Verhandlung mit dem Verband und der Kollegenschaft zusammengebracht.

Die Lebensmittelversorgung in Dänemark ebenso wie in den anderen Ländern sehr groß. Bericht des Nachbackverbotes könnte der Berichterstatter mitteilen, daß die Position, die diese Sache betrifft, eine Mehrheit in allen maßgebenden Körperschaften erreicht hätte, so daß über sie jetzt endgültig im Reichstage verhandelt werden könnte. Infolge dieser Mehrheit in dem Arbeits- und Fabrikdepartement hätte sie die beste Aussicht, Gesetz zu werden.

J. Negeard berichtete von Norwegen, daß es mit dem Nachbackverbot gut vorwärts schreite. In der von der Regierung ernannten Kommission, die von je einem Vertreter der Regierung, des Unternehmerverbandes und der Kollegenschaft zusammengesetzt ist, hätte der Regierungsvertreter sich für das Nachbackverbot ausgesprochen und mit dem Kollegensprecher einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der jetzt auf dem Regierungstag liegt. Der Entwurf schlägt vor, die Nacharbeit in allen Betrieben, die sich mit Herstellung von Brot beschäftigen, von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu verbieten, innerhalb dieser Zeit aber dürfe jeder Arbeiter nur 3 Stunden arbeiten. Außerdem dürfen junge Arbeiter unter 16 Jahren nicht zur Arbeit in den Bäckereien verwendet werden. Auch in Norwegen wären die Verhältnisse in bezug auf die Lebensbedürfnisse sehr schlecht. Die Arbeitslosigkeit in der Kollegenschaft wäre sehr groß. Um die teuren Lebensverhältnisse zu bestreiten, hatten einige Zulässtellen ihre Vereinkünfte mit den Arbeitgebern zum 1. Mai gekündigt. Hierüber aber wurden die Meister sehr wütend, und aus Rache hätten sie jetzt die gesamten mit dem Verband geschlossenen Vereinkünfte gekündigt und drohten nun mit dem Großkampfe. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Verband am 1. Mai mit allen seinen Mitgliedern von den Arbeitgebern ausgesperrt. Der Redner ersuchte dringend die anderen Vertreter der skandinavischen Verbände um Hilfe für diesen Kampf. Diese wurde ihm auch in größtem Maße von Sjöstedt und Z. Friis versprochen. Auch wurde der Berichterstatter beauftragt, Almansk über das drohende Verhältnis zu informieren. Bericht ist noch nicht eingegangen. D. R.

D. G. Lagergren referierte von Schweden. Die Nacharbeit wäre jetzt teilweise abgeschafft in Schweden; denn die Provinzkommission hatte beschlossen, daß frisches Brot nur nach zwölf Stunden verkauft werden dürfe. Infolge dieser Verordnung wäre die Nacharbeit überflüssig geworden und deshalb in den meisten Betrieben eingestellt. Seiner Überzeugung nach müßte dieser freiwilligen Abschaffung ein gesetzliches Verbot folgen. In der parlamentarischen Kommission, die diese Frage erwogen sollte, wären die verschiedenen Vertreter nicht zur Verständigung gekommen. In der Organisation hatte man statt dazum gearbeitet, Krisenzulagen für die Mitglieder zu erreichen. Trotzdem die Vereinkünfte mit den Arbeitgebern bis zum Jahre 1921 gelten, wollte man auch dieses Frühjahr alles daranzutun, neue Krisenzulagen zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen wäre sehr groß, sowohl viele Kollegen zu anderen Berufen übergehen müßten, um dort Arbeit zu bekommen. Man hätte verlangt, daß der Staat und die Gemeinden Unterstützung gewähren, und dies mit Erfolg.

Der Vorsitzende schloß darauf die Konferenz, indem er die Hoffnung aussprach, daß der Krieg bald zu Ende wäre, so daß wir wieder mit unseren Mitarbeitern in der internationalen Arbeiterbewegung zusammentreffen könnten, um friedliche Kulturarbeiten zu leisten.

Wiedereröffnung.

Ergebnis der Getreide-Behördenkonferenz in Stockholm. "Brotkiste Tagblatt" vom 12. Februar gibt folgende Meldung aus Bremen wieder: Die Getreidebestandsaufnahme am 1. Januar ergab 45 000 Tonnen Weizen, 55 000 Tonnen Roggen, 63 000 Tonnen Gerste und 25 000 Tonnen Hafer und Mehlsorten. Der Verlust an Getreide ist ein größer als man erwartet hatte. Die Ausgaben, Getreidebüro in erstaunlicher Menge heranzutreten, sind trübe.

Großraumfleißiges.

Den Genossenschaftsrat haben anerkannt: Konsumverein für Land und Umgang, Konsum- und Produktionsverein Königswinter i. S., Konsum- und Sparverein Grünberg und Umgang und Konsumverein Freuden-

stadt und Umgang. Nummer 114 besteht mit 1588 in ihren Bäckereien beschäftigten Personen der Bäckergemeinschaft eingetragen.

Großraumfleißiger Bäcker und Konditoren.

Die "Bäcker-Zeitung" veröffentlicht regelmäßig einmal und oft durch alle Bäckereien, Brotfabriken und Konditoreien zum Preis von 1,- 80,- das Brotzettel zu legen, jedoch kann dies bei der Post nur für das Brotzettel bestellt werden. Das einzelne Brot kostet 30,- Pf. Verbrauchsmittel werden jederzeit zur Verfügung.

Vom "Bäcker-Zeitung" ist die Zahl Nummer 114, Februar erschienen. Der Preis der Nummer ist 1,- Pf. Verbrauchsmittel sind wiederum durch den Verlag 1,- Pf. Dies steht, G. m. b. H. in Stuttgart, 114 von allen Bäckereien und Konditoreien zu legen.

Die "Glocken", Zeitschrift für Arbeitersachen und Arbeitertum, erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10,- Pf. Durch die Post bezogen, kostet der Bäcker-Zeitung 1,- Pf. Wiederholung ohne Bezahlung ab 4,- unter Umständen 35,- Pf. Jahresabonnement 14,- 80,-

Der "Oberbürgermeister", Zeitung für Arbeitersachen, erscheint im Monat. Preis der Ausgabe vom 1848 ist wieder an Stelle der Marke 1,- Pf. im Verlage der Wiener Brotzettelhandlung eine kleine Gebühren entstanden. Sie ist bereit, bei Übereinstimmung am 1848 und bei zum Beispiel Dr. Max Müller den Oberbürgermeister behandelt die Bäckerei die Bekämpfung der Revolution von 1848 für die Entwicklung des proletarischen Massenbewußtseins, die Entwicklung politischer Freiheit in Österreich und für die Entwicklung der Demokratie überzampa. In Leibnitzer Verhandlung und einer dem Unterkampf entsprechenden geübten Sprache, und die Bedeutung dieses großen Ereignisses auch für andere Zeit vorgezeigt. Das Schreiben des 10.- 80,- Pf. wird jedem Arbeiter ebensoviel Gewicht wie Ausbildung verleihen. Gegen Einsendung von 35,- Pf. in Wienerland erzielt sofortige Zustellung desselben durch die Wiener Brotzettelhandlung, Wien VI, Empfangsstraße 16.

Spieldaten am 6. April

in der 15. Wochenseite für 1918

(2. bis 13. April) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Verhandlungen.

Sonntag, 7. April:

Verhandlung: 3 Uhr im Schlossmacher, Steinstraße. — Deichmann (Satz): 5 Uhr, Wallstraße 38. — Soßl: 3 Uhr in Dombergs Winkel.

Montag, 8. April:

Verhandlung: Bäckerschule, Zum zweiten Friede, Alexanderstraße 16b.

Samstag, 14. April:

Verhandlung: 3 Uhr im Bahnhofshotel in Steinh.

→ Energie. →

Nürnberger Bäcker- und Konditor-Verein

decken Ihren Bedarf am besten bei

Hans Berliss, Schuhmärkte, Hauptstraße 2, 1. Et.

Mr. 13]

Haushaltung.

Laut Beschluß der am 19. Februar 1918 abgehaltenen Generalversammlung des "Brotkiste", Bäckereien- und Schokoladenfabrik, e. G. m. b. H., Altona (Elbe), Langenfelser Straße 98, befindet sich die Genossenschaft im Bestand. Sie wird am 1. Juli 1918 von der Genossenschaftsgruppe Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, mit allen Filialen und Säulen übernommen. Wie erhalten bestellt alle Mitglieder der Genossenschaft, zwecks Regelung ihres Geschäfts ihre jetzige Worte baldig bei angenommene Liquidatoren einzutragen.

Altona, 20. März 1918.

"Brotkiste".

Bäckereien- und Schokoladenfabrik, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haft.

in Liquidation.

Die Liquidatoren:

H. Friedemann, A. Berghen.

Verhandlungsrat der Bäcker-Zeitung-Satzung in Berlin.

Am Donnerstag, 18. April, abends 7 Uhr, findet in den "Germania-Festzalen", Berlin, Genthinerstraße 110, eine

Ordentliche Auskunftsversammlung statt.

Tagessordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Bericht der Revierläden über die Abnahme der Jahresrechnungen. 3. Berichtigungen. 4. Verschiedenes.

Wege mit der Bitte um spätestes Gesprächsbeginn angegeben sind.

W. Bahn, Vorsitzender.